

Zeitzeuge Alexander Kulpok
über den Schahbesuch

Seite 4 - 5

Sandra Scheeres: Kein Zwei-
Klassen-System in den Kitas

Seite 3

Karl-Heinz Niedermeyer: So
verändert Trump die Weltpolitik

Seite 12 - 13

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr. 8-9 · 67. JAHRGANG

10. JUNI 2017

Heute Student morgen tot

Am 2. Juni jährte sich der Todestag von Benno Ohnesorg und die Demonstrationen gegen den Besuch des Schahs Reza Pahlavi in West-Berlin zum 50. Mal. Die Sonderausstellung der Polizei „Heute Student morgen tot“ zeigt erstmals alle damals von der Polizei gemachten Fotos und das gesamte Filmmaterial. (mehr auf Seite 5)

WANDEL INNERHALB DER POLIZEI

Diese Ausstellung ist auch ein Zeichen des Respekts der Polizei gegenüber Benno Ohnesorg. Denn, die Rolle der Polizei in diesem geschichtsträchtigen Vorfall ist nach wie vor umstritten. Die Offenlegung aller Fotos darf als Beleg für den Wandel innerhalb der Polizeibehörde gedeutet werden. Sie zeigt auch, dass wir die Ereignisse immer noch als Mahnmal ansehen müssen. Freie Meinungsäußerung ist ein hohes Gut unserer freien Demokratie.

DEMOKRATIE IST HEUTE STÄRKER ALS VOR 50 JAHREN

Dieses Gut müssen wir jeden Tag aufs Neue verteidigen. Nur, wenn jeder seine Meinung über unsere Politik frei äußern kann, kann Demokratie gelingen. Benno Ohnesorg steht für diese Meinungsfreiheit. Er steht auch für die unbedingte gewaltfreie Auseinandersetzung mit Demonstranten.

Heute würden wir diese Ereignisse anders behandeln. Dieses Umdenken zeigt, dass unsere Demokratie heute stärker ist, als vor 50 Jahren.

Wir lernen aus unserer Geschichte.

Michael Müller □



Hohe Energie: Die 12 Direktkandidatinnen und -kandidaten der Berliner SPD zusammen mit dem be-team.

Foto: Hans-Christian Plambeck

Bereit für den Wahlkampf

Wahl der Landesliste der Berliner SPD und Programmdebatte

Die 243 Delegierten der LandesvertreterInnenversammlung haben am 20. Mai über die 15 Plätze der Landesliste der Berliner SPD für die Bundestagswahl entschieden.

Auf Platz 1 wurde die Innenpolitikerin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Eva Högl gewählt. (Übersicht aller KandidatInnen auf Seite 2). An die Wahl der Landesliste schloss sich ein Landesparteitag an, auf dem – neben der Wahl von 22 Delegierten für den Bundesparteitag – vor allem Anträge der Gliederungen beraten wurden. Dabei nahm der Parteitag 80 Anträge an, u.a. zur Schließung des Flughafens Tegel, zum bundesweiten Ausbau der Gemeinschaftsschulen, zur Erbschafts- und Finanztransaktionssteuer bzw. zur Bekämpfung von Immobilienspekulationen.

Die Delegierten stimmten zudem einem Antrag der QueerSozis zu, der eine kostenlose Abgabe von Medikamenten zur sogenannten Präexposition-Prophylaxe (PrEP)

an Risikogruppen (bspw. Männer, die häufig wechselnde männliche Sexualpartner haben) beinhaltet (siehe auch Seite 9). Aids-Aktivist*innen werben seit längerem für die Einführung von Medikamenten wie Truvada als vorbeugenden Schutz für HIV-Negative. Die Pille kann bei korrekter Einnahme eine HIV-Infektion verhindern. Die monatlichen Kosten für das Medikament in Höhe von 800 Euro werden momentan noch nicht von den Krankenkassen übernommen.

Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag der Jusos, das Wahlalter zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin von 18 auf 16 Jahre zu senken. Im Leitantrag des Parteivorstandes zum Wahlprogramm ist diese Forderung bezogen auf das aktive Wahlrecht bei Bundestagswahlen ebenfalls enthalten. Dort heißt es: „So ermöglichen wir jungen Menschen, sich früher politisch zu beteiligen. Und damit motivieren wir sie zugleich, sich für ihre Interessen und für ihre Rechte stärker zu engagieren. Denn ihre Stimme zählt.“ □

DAFÜR STEHEN DIE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN DER BERLINER SPD ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017



Landesliste Platz 1: Dr. Eva Högl
WK 75 · Mitte

Gute Nachbarschaft und spannende Vielfalt – das ist Berlin-Mitte. Ich engagiere mich für sozialen Zusammenhalt, bezahlbaren Wohnraum und eine lebendige Demokratie. Mit Herz für Mitte – das ist mein Motto!



Landesliste Platz 3: Cansel Kiziltepe
WK 83 · Friedrichshain-Kreuzberg - Prenzlauer Berg Ost

Nur mit mehr sozialer Gerechtigkeit können wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken. Daher engagiere ich mich für soziale Mietpolitik, gerechte Steuerpolitik sowie die Stärkung der gesetzlichen Rente.



Landesliste Platz 5: Mechthild Rawert
WK 81 · Tempelhof-Schöneberg

Ein Politikwechsel fördert unseren Zusammenhalt: Schwächere stehen im Mittelpunkt, gute Pflege wird dank Bürgerversicherung ausgebaut, die Mieten gebremst und Mitbestimmung gestärkt. SPD-Politik mit Herz und Kante.



Landesliste Platz 7: Dr. Ute Finckh-Krämer
WK 79 · Steglitz-Zehlendorf

Mein Herzensthema ist die Friedenspolitik. Martin Schulz hat dem drohenden neuen Wettrüsten eine klare Absage erteilt und wirbt für Abrüstung. Das will ich im Wahlkampf und im nächsten Bundestag fachkundig unterstützen.



Landesliste Platz 9: Mirjam Blumenthal
ohne WK · aus Neukölln

Als Jugendpolitikerin und Gewerkschaftssekretärin stehe ich für Berufliche Bildung, die an Fähigkeiten und Neigungen anknüpft. Arbeit, die Menschen fördert und glücklich macht. Eine Jugend, die Lust und Chance hat, sich zu entfalten.



Landesliste Platz 11: Barbara Loth
ohne WK · aus Steglitz-Zehlendorf

Mein Ziel ist mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Dabei ist das Thema Arbeit wichtig. Dazu gehört die Überprüfung der Agenda 2010 sowie die Schaffung neuer Arbeitsschutzformen für eine menschenwürdige Arbeit der Zukunft.



Landesliste Platz 13: Ellen Haußdörfer
ohne WK · aus Treptow-Köpenick

Das Zusammenleben in den Kiezen ist es, was Berlin ausmacht. Die Soziale Stadt ist mein Ziel – nur mit einer guten Stadtentwicklungspolitik können wir den Kiez stärken, Diskussionen anstoßen, vernetzen und Zukunft aktiv gestalten.



Landesliste Platz 15: Barbara Scheffer
ohne WK · aus Charlottenburg-Wilmersdorf

Für mich sollte Kulturpolitik eine Konstante entwickeln für ein neues kulturelles Verständnis für uns selbst und für andere. Dazu gehört auch kulturelle Bildung, die uns zu einer neuen Lernkultur verhilft und unser Zusammenleben nachhaltig prägt.



Landesliste Platz 2: Swen Schulz
WK 78 · Spandau - Charlottenburg-Nord

Wir haben viel erreicht und ich konnte einiges beitragen, etwa mit der Erhöhung des BAföG. Doch jetzt brauchen wir eine neue Mehrheit um mehr Investitionen für Bildung, Familie anstatt für Hochrüstung zu gewährleisten.



Landesliste Platz 4: Klaus Mindrup
WK 76 · Pankow

Als aktives Mitglied der Genossenschafts- und Umweltbewegung arbeite ich für bezahlbaren und guten Wohnraum und setze ich mich für einen wirksamen Klimaschutz ein.



Landesliste Platz 6: Tim Renner
WK 80 · Charlottenburg-Wilmersdorf

In meinem Berufsleben habe ich erlebt, was Digitaler Wandel bedeutet und will ihn politisch begleiten. Ich möchte für meine Heimat Europa eintreten, genauso wie für Geschlechtergerechtigkeit, die Kultur und die Kreativwirtschaft.



Landesliste Platz 8: Kevin Hönicke
WK 86 · Lichtenberg

#EinfachMachen! Ich kandidiere für den Bundestag, um den Alltag der Menschen konkret zu verbessern: Mehr Kitas und Schulen, gezielte Unterstützung für Alleinerziehende, Lohn- und Rentengerechtigkeit: Das sind meine Themen.



Landesliste Platz 10: Matthias Schmidt
WK 84 · Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick kann auf ein offenes Ohr für Anliegen und eine starke Stimme im Bundestag vertrauen. Meine Themen für die Zukunft: Altern in Würde sicherstellen, Sicherheit im Alltag garantieren und Breitensport fördern.



Landesliste Platz 12: Thorsten Karge
WK 77 · Reinickendorf

Ich setze mich für ein starkes, gerechtes und sicheres Reinickendorf ein. Für mehr Sicherheit ohne die Freiheit aufzugeben, für eine erfolgreiche Wirtschaft und gute Bildung! Denn es geht um unsere gemeinsame Zukunft!



Landesliste Platz 14: Dmitri Geidel
WK 85 · Marzahn-Hellersdorf

Ich bin der jüngste Kandidat der Berliner SPD und der einzige russischstämmige. Ein friedliches Europa, soziale Gerechtigkeit und gute Bildung sind meine Prioritäten: Damit niemand auf der Strecke bleibt.



Ohne Listenplatz: Dr. Fritz Felgentreu
WK 82 · Neukölln

Neukölln braucht eine Politik für Aufstieg durch Bildung. Und die härtesten Kieze brauchen die besten Schulen! Dafür muss auch der Bund Verantwortung übernehmen. Dafür will ich mich weiter einsetzen.

Kein Zwei-Klassen-System in der Kita

Sandra Scheeres über die geplanten Neuerungen im Kita-Förderungsgesetz

Für Sportangebote, Sprachunterricht oder Bio-Essen – in vielen Kitas ist es mittlerweile üblich, dass Eltern Zuzahlungen leisten, oft auch im dreistelligen Bereich. Manche Eltern tun das gerne. Sie können es sich leisten. Andere fühlen sich erpresst. Sie wissen: Ihnen steht grundsätzlich ein beitragsfreier Kita-Platz zu. Aber sie zahlen zähneknirschend Extra-Beiträge, weil sie sonst Nachteile für ihr Kind befürchten. Es gibt auch Eltern, die einen Kita-Platz nicht bekommen, weil sie kein Geld für Extra-Zahlungen haben.

Diese Fehlentwicklung will ich nicht hinnehmen. Wir wollen kein Zwei-Klassen-Kita-System, bei dem die finanziell Schwachen das Nachsehen haben. Die Frage der Zuzahlungen gehört deshalb zu den Punkten, die wir nun im Kindertagesförderungsgesetz (KitaFöG) neu regeln. Andere sind der Rechtsanspruch für Kinder ab dem ersten Lebensjahr auf einen Teilzeitplatz und Verbesserungen beim Personalschlüssel. Damit setzen wir zügig um, was wir im Koalitionsvertrag unter der Überschrift „Gute Kita für alle“ vereinbart haben und lösen ein doppeltes Versprechen ein: Wir bauen das Kita-Platzangebot massiv aus und verbessern gleichzeitig die Qualität der Kinderbetreuung. Denn wir wollen beides: Dass möglichst viele Kinder eine Kita besuchen, und dass sie dort bestmöglich gefördert werden. Dafür fließt so viel Geld wie noch nie in die Kinderbetreuung.

Bei der geplanten Änderung des KitaFöG liegen wir gut im Zeitplan. Der Referentenentwurf wurde den Verbänden zur Anhörung zugestellt. Deren Anregungen und Einwendungen werden nun intensiv diskutiert. Der Gesetzentwurf soll noch vor der Sommerpause in den Senat.

WAS WIRD NEU GEREGLT?

1. Zuzahlungen: Hier gab es bisher die größte Aufregung, auch weil manche Kita-Träger Eltern falsch informierten. Angeblich, so hieß es, würden nun alle Zusatzangebote in Kitas verboten. Das ist Unsinn, wie ich auch in einem Brief an die Elternvertreter richtiggestellt habe. Auch in Zukunft darf es Angebote von Dritten in Kitas geben, ebenso Frühstücks- und Vesperangebote oder Theaterbesuche. Die Voraussetzung ist immer, dass Eltern dies wünschen. Durch das Berliner Bildungsprogramm und die öffentliche Finanzierung ist gesichert, dass Kita-Träger auch ohne Zuzahlung eine qualitativ hochwertige Betreuung und För-



Sandra Scheeres: „Es gibt auch Eltern, die einen Kita-Platz nicht bekommen, weil sie kein Geld für Extra-Zahlungen haben.“

Foto: SPD Berlin; Joachim Gern

derung anbieten können. Wir sind hier deutschlandweit führend. Bei den Zuzahlungen werden wir nun Obergrenzen festlegen. Außerdem werden wir die Träger verpflichten, zuzahlungspflichtige Angebote zu melden. Das KitaFöG schafft die rechtliche Grundlage für eine Verordnung. In dieser werden wir dann die Details regeln.

2. Rechtsanspruch: Alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr haben künftig einen Rechtsanspruch auf eine Teilzeitförderung: Das bedeutet 7 Stunden täglich statt wie bisher 5 Stunden ohne Prüfung des Bedarfs. Die Ein- und Zweijährigen haben damit denselben Rechtsanspruch wie die älteren Kinder. Die Neuregelung entlastet Familien. Auch jüngere Kinder haben damit einen Rechtsanspruch auf eine umfassendere Förderung, selbst wenn ihre Eltern nicht im Beruf stehen. Zugleich bedeutet die Neuregelung eine Entlastung der Jugendämter.

3. Anleitungsstunden: Obwohl wir die Ausbildungskapazitäten schon verdoppelt haben, fehlen Erzieherinnen und Erzieher. Wir werben daher intensiv um Quereinsteiger, die eine berufsbegleitende ErzieherInnenausbildung absolvieren möchten. Derzeit bekommen die Träger für diese

Quereinsteiger im ersten Ausbildungsjahr zwei sogenannte Anleitungsstunden finanziert. Künftig soll es mehr Anleitungsstunden geben. Damit entlasten wir die für die Quereinsteiger zuständigen Fachkräfte in den Einrichtungen. Wir setzen einen Anreiz, mehr Quereinsteiger zu beschäftigen und tragen zugleich zur Qualitätsverbesserung ihrer Ausbildung bei.

4. Leitungsschlüssel: Wir wollen auch, dass Kita-Leiterinnen und Kita-Leiter mehr Zeit für Eltern- und Personalgespräche, für Pädagogik und Budgetfragen haben. Deshalb verbessern wir den Personalschlüssel auch für die Kita-Leitung.

Wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Wir wollen bis zum Ende der Legislaturperiode rund 27.000 weitere Kita-Plätze schaffen. Damit setzen wir den massiven Ausbau fort. Mit der Änderung des KitaFöG und den bereits vor einem Jahr erfolgten Verbesserungen – beim Personalschlüssel, der Unterstützung für Kinder aus sozial benachteiligten Wohngebieten und der stufenweisen Einführung der Beitragsfreiheit – sorgen wir weiter dafür, dass Quantität und Qualität zugleich gesteigert werden. □

Sandra Scheeres ist Senatorin für Bildung, Jugend und Familie.

Kommando „Knüppel frei“

Zeitzeuge Alexander Kulpok über den Schah-Besuch und den darauf folgenden Kurras-Prozess



Karl-Heinz Kurras mit Verteidiger Gerd Joachim Roos (r.) am 21. November 1967 in seinem Prozess in Berlin-Moabit um den Tod des Studenten Benno Ohnesorg während des Schah-Besuchs in Berlin.

Foto: ullstein bild - Binder

Chronisten und Historiker debattieren auch fünfzig Jahre danach eine weitgehend sinnlose Frage: Wäre die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ab 1968 anders verlaufen, wenn schon damals bekannt gewesen wäre, dass der Kriminalbeamte Karl-Heinz Kurras, der am 2. Juni 1967 den wehrlosen Studenten Benno Ohnesorg hinterrücks erschoss, ein Stasi-Agent und SED-Mitglied war?

Geschichte kennt keine Rückwärtsreparaturen. Tiefgreifender als hypothetische Diskussionen sind bis heute die Erinnerung an dieses schmerzliche Ereignis und die durch Vertuschung und Verlogenheit verhinderte Aufklärung.

Der Sender Freies Berlin (SFB) begleitete den Besuch von Schah Reza Pahlawi am 2. Juni 1967 im Hörfunk an allen wichtigen Stationen live und direkt. Staatsbesuche wie dieser waren wichtig für das eingemauerte West-Berlin und die ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Dass erst am Vortag im überfüllten Auditorium maximum der Freien Universität mit furchtbaren Details über das Terrorregime des Schahs berichtet worden war, rührte niemanden bei Senat oder Polizei. Zur Mittagsstunde endete

meine Arbeit als Live-Reporter erst einmal am Rathaus Schöneberg, nachdem der Schah und seine deutschstämmige Gemahlin Farah Diba in Begleitung des Regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz unter den Protestrufen einiger Demonstranten das Gebäude betreten hatten, um sich ins Goldene Buch einzutragen.

Doch hier geschah die erste Merkwürdigkeit: Plötzlich stürmten offenkundige Mitarbeiter des persischen Geheimdienstes Savak mit Holzlatten zu den Absperrungen und schlugen wahllos auf die Demonstranten ein. Die Polizei tat (zunächst) nichts. Erst viel später lösten berittene Einsatzkräfte das Getümmel auf. Eine Warnung vor dem, was sich an diesem Tag noch ereignen sollte.

Nächster und für diesen Tag des Schah-Besuchs mein letzter Einsatz für den SFB kurz vor 20 Uhr war an der Deutschen Oper in der Bismarckstraße: Hinter den Absperrgittern piffen und johlten jugendliche Schah-Gegner, warfen ab und zu Tomaten, Eier oder Farbbeutel und schienen ihren Protest eher als ein Happening zu begreifen. Der Schah verschwand mit Gefolge

schnell im Opernhaus, um Mozarts „Zauberflöte“ zu lauschen.

An dieser Stelle beendete der SFB – im Gegensatz zum RIAS – seine Live-Berichterstattung. Hans-Ulrich Werner, der trotz seiner militärischen Vergangenheit stets besonnene Kommandeur der Schutzpolizei, sagte seinen erkennbar tatenhungrigen Leuten noch: „Der Knüppel bleibt am Haken.“ Das klang beruhigend – ich machte mich auf den Heimweg. Doch gegen 20.30 Uhr gab der im Zweiten Weltkrieg in der Ukraine als Generalstabsoffizier bewährte Polizeipräsident Erich Duensing sein fatales Kommando „Knüppel frei!“.

Duensing war in Berlin der Urheber der perfiden „Leberwurst-Taktik“ bei Polizei-Einsätzen gegen Demonstranten. Das bedeutete: Die Demonstranten sind die Leberwurst – wer in die Mitte der Ansammlung hineinsticht, treibt sie an den Enden auseinander. So geschah es – sie wurden getrieben bis zu jenem Innenhof in der Krummen Straße.

Der Schuss, der dort fiel, hallt bis heute nach. „Schnell weg!“ rief der Einsatzleiter dem Todesschützen zu, wie auf einem Tonband des Süddeutschen Rundfunks zu hören war, das in die Beweisaufnahme nicht einbezogen wurde und sehr bald auf rätselhafter Weise verschwand.

Der Tragödie nächster Teil begann im November 1967 im Saal 500 des Moabiter

„Schnell weg“ rief der Einsatzleiter dem Todesschützen zu, wie auf einem Tonband des Süddeutschen Rundfunks zu hören war.

Kriminalgerichts mit dem ersten Kurras-Prozess. Nacheinander waren bis dahin Polizeipräsident Duensing, SPD-Innensenator Wolfgang Büsch und der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz zurückgetreten.

Albertz hatte am Tag nach dem Todeschuss in der „Berliner Abendschau“ einen unsäglichen Kommentar abgeliefert (den er später tief bedauerte), in dem er allein die protestierenden Studenten für den Tod von Benno Ohnesorg verantwortlich machte. Als der Kurras-Prozess begann, hatten Willy Brandt – als Außenminister in Bonn – und auch die Westalliierten (was damals nicht öffentlich gemacht wurde) die Ablösung von Albertz durch Klaus Schütz bewirkt.

Als neuer Innensenator trat im November 1967 Kurt Neubauer sein Amt an, der sich von jedem Prozesstag aus Moabit telefonisch berichten ließ. Überdies hatte das Abgeordnetenhaus einen Untersuchungsausschuss eingesetzt – unter der Ägide eines 33-jährigen FU-Professors für Staatsrecht und Politik namens Roman Herzog.

Aus dem Saal 500 in Moabit konnte ein TV-Berichterstatte seinem Publikum von jedem Prozesstag nur den Eindruck „fauler Fische“ vermitteln. Da stand plötzlich der selbst für altgediente Gerichtsreporter neuartige Begriff der „putativen Notwehr“ im Mittelpunkt. Sollte heißen: Kurras habe vermutet, dass er sich in einer Notwehr-



Heinrich Albertz.

Foto: FES, Archiv der sozialen Demokratie

situation befand und deshalb geschossen – wahllos und zwei Mal, was gelogen war, wie sich herausstellte.

Sein gewiefter Verteidiger Gerd-Joachim Roos – Stammgast in Spielcasinos an Ost- und Nordsee – trieb eine ältliche Zeugin auf, die behauptete, Männer mit Messern seien auf die Polizisten im Innenhof eingedrungen – womit sie die unwahren Behauptun-



Studenten demonstrieren auf dem Hammarskjöldplatz anlässlich der Trauerfeier von Benno Ohnesorg in der Technischen Universität Berlin am 7. Juni 1967

Foto: Ullstein bild - Berlin-Bild

gen von Kurras bestätigte. Und der medizinische Sachverständige Spengler konzentrierte sein Gutachten darauf, dass der Angeklagte „leicht erregbar“ sei.

„Warum?“ fragte der Vorsitzende. Und Spengler begründete seine Erkenntnis damit, dass er Kurras mit einem Fingernagel über den Arm gestrichen habe, woraufhin sich dort sofort deutliche rote Kratzstreifen gebildet hätten. Die Polizisten, die in den Zeugenstand traten, berichteten neben ihren Erinnerungslücken nur Positives über den angeklagten Kollegen. Weder der Generalstaatsanwalt Dähncke noch die beiden Anwälte der Nebenklage, Horst Mahler und Otto Schily, konnten am Ende an dem Freispruch aus Mangel an Beweisen etwas ändern. Der wurde zwar vom Bundesgerichtshof aufgehoben. Doch auch der zweite Kurras-Prozess endete mit dem gleichen Ergebnis.

KURRAS BLIEB BIS ZU SEINEM TOD 2004 EIN FREIER MANN

Als die Stasi-Vergangenheit von Kurras bekannt wurde, gab es erneute Versuche, das Verfahren wieder aufzurollen. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hat 2012 akribisch den Tathergang, die Vertuschungen und Versäumnisse aufbereitet.

Vergebens – Karl-Heinz Kurras blieb bis zu seinem Tod im Dezember 2014 von der Strafjustiz verschont. Zumal die meisten Akteure von damals inzwischen tot oder nicht mehr vernehmungsfähig sind. Der Tod von Benno Ohnesorg und der Polizeiskandal von 1967 bleiben ungesühnt. Vor fünfzig

Jahren war wohl die Anzeige eines Innenensors gegen seine Polizeibeamten – wie jetzt im Fall Amri gegen das Berliner Landeskriminalamt – unvorstellbar. □

Alexander Kulpok berichtete 1967 als Hörfunkreporter live für den Sender Freies Berlin (SFB) über den Schahbesuch und war später Berichterstatte für das SFB-Fernsehen im ersten Prozess gegen den Todesschützen Karl-Heinz Kurras. Kulpok ist heute Geschäftsführer der Politikberatung und Event-Organisation Culture & Politics, Moderator und Vortragsredner. Er ist seit 1963 SPD-Mitglied und war u. a. in den siebziger Jahren Redenschreiber für Willy Brandt. Von 1978 bis 1980 war er Leiter des Berliner Büros von ARD-aktuell (Tagesschau und Tagesthemen).

TIPP

Noch bis zum **30. August** zeigt die **Foto-Ausstellung „Heute Student morgen tot“** in der Polizeihistorischen Sammlung der Polizei (Platz der Luftbrücke 6) **erstmalig Bilder der Polizeifotografen** vom Schahbesuch, den Protesten und den Tod Benno Ohnesorgs. Ganze 16 Filmstreifen mit 393 Aufnahmen sind im Archiv der Polizei zu dem Komplex zu finden; sie liefern allerdings keine neuen Erkenntnisse.

Öffnungszeiten: montags bis mittwochs von 9 bis 15 Uhr.

BS □

Ein Schuss, der die Republik veränderte

Der Journalist Uwe Soukup hat ein neues Buch über den 2. Juni 1967 veröffentlicht



Der Romanistik- und Germanistik-Student Benno Ohnesorg nach dem tödlichen Schuss des Kriminalbeamten Kurras im Arm der Passantin Friederike Hausmann (geborene Dollinger).

Foto: ullstein bild - Jürgen Henschel

Am 2. Juni 1967 starb Benno Ohnesorg in einem Hinterhof der Krummen Straße schräg gegenüber der Deutschen Oper, erschossen von einem Berliner Polizisten namens Karl-Heinz Kurras, der sich auf Notwehr berief.

Der tödliche Schuss veränderte die Republik, meint mit guten Gründen der Autor eines neuen Buches über die Geschichte der Proteste gegen den Staatsbesuch des Schahs von Persien in West-Berlin. Der gewählte Untertitel mag reißerisch klingen, ist aber keineswegs übertrieben.

Der Autor Uwe Soukup hat schon 2007 eine sorgsam recherchierte Untersuchung vorgelegt, mit der er die Frage „Wie starb Benno Ohnesorg“ zu beantworten suchte. Mit seinem neuen Buch bringt er die immer noch kaum glaubliche Geschichte des 2. Juni 1967 auf den neuesten Stand.

NEUE FOTOS WIDERLEGEN LEGENDE VON DER NOTWEHR

Inzwischen hat sich ja herausgestellt, dass der Todesschütze auch für die Stasi der DDR gearbeitet hatte, woraus schnell wieder neue Legenden gestrickt wurden. Die von Soukup ausgewerteten Quellen freilich zeigen, dass die Stasi wenig glücklich war über die viel Aufsehen erregende Tat ihres „Einflussagenten“. Dagegen waren manche in der Berliner Polizei nun schnell bereit, den

einst so bereitwillig verteidigten (nicht zuletzt gar die Verteidigung ihres „Kameraden“ mit zu bezahlen) nun endlich vor den Kadi zu bringen. Ein neues Ermittlungsverfahren sollte beginnen, plötzlich waren neue Fotos vom Tatort gefunden, die endgültig die Legende von der Notwehr widerlegten. Erwiesen war nun auch, dass der tödlich Getroffene noch – am Boden liegend – von anderen Polizisten geprügelt wurde. Der Täter entzog sich allerdings dem irdischen Richter. Er wurde dement und starb im Dezember 2014.

Uwe Soukup schildert in seinem Buch zunächst noch einmal den Ablauf des Geschehens gegen Mittag vor dem Schöneberger Rathaus. Der unglaubliche Auftritt der sogenannten „Jubelperser“, die sich nicht darauf beschränkten, dem Schah zuzujubeln. Sie prügelten unter den Augen der tatenlos zusehenden Polizei auch brutal auf die gegen den Schah protestierenden Demonstranten ein. Mithilfe auch neuer Quellen schildert der Autor danach die „Prügelorgien“ Berliner Polizisten vor der Oper, aufgestachelt durch frei erfundene Lautsprecherdurchsagen, ein Polizist sei erstochen worden. Das Wort „Prügelorgien“ ist leider angemessen, die danach sorgsam gesammelten Aussagen auch von Polizisten zeigen, dass nicht wenige Polizisten ihre prügelnden Kollegen zu stoppen versuchten bzw. sich davon distanzieren.

Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz resümierte später, dass er, als er sich besonders stark fühlte, besonders schwach gewesen sei. Aber – und auch diese Legende untersucht der Autor – Albertz Verhalten am 2. Juni 1967 war nicht der Grund für seinen Rücktritt wenige Wochen später. Albertz fühlte sich schuldig, zum Rücktritt gezwungen aber sah er sich, wie er später mit deutlichen Worten schrieb, durch eine „Mafia“ im „rechten“ SPD-Flügel, der schon lange auf eine günstige Gelegenheit gewartet hatte.

So ist das sehr lesenswerte Buch von Uwe Soukup nicht nur eine akribische Studie über den für Benno Ohnesorg so tragisch verlaufenden 2. Juni 1967, sondern auch über einen wenig beispielhaften Ausschnitt der Berliner SPD-Geschichte.

Ein Lichtblick freilich wird vom Autor nicht unterschlagen: Am 2. Juni 2007 legten Berliner Polizisten in Uniform einen Kranz des Berliner Polizeipräsidenten am Relief des Bildhauers Hrdlicka neben der Oper nieder, das an den „Tod eines Demonstranten“ – an Benno Ohnesorg also – erinnern soll. Es stünde der SPD gut an, sich im Umkreis der Opfer für eine Benno-Ohnesorg-Straße stark zu machen. □

Siegfried Heimann ist Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand.



Uwe Soukup, *Der 2. Juni 1967. Ein Schuss, der die Republik veränderte*, Berlin (Transit) 2017, 200 S.; Euro 20 Euro.

Foto: Transit-Verlag

Ein Umbau ist möglich

Olympiastadion könnte zur Fußballarena werden



Hertha BSC hat bis 2025 einen Mietvertrag mit dem Land Berlin für das Berliner Olympiastadion.

Fotos: Wikipedia/Rebecca Leisten; André Rostalski

Wo wird Hertha BSC nach 2025 seine Heimspiele austragen? Eine neue Machbarkeitsstudie des Architekturbüros Gerkan, Marg und Partner (gmp) hat ergeben, dass ein Umbau des Olympiastadions grundsätzlich möglich ist.

„Wir waren ursprünglich davon ausgegangen, dass ein Umbau des Olympiastadions nicht in Betracht kommt. Unsere Studie hat nun für uns überraschend eine grundsätzliche Machbarkeit bestätigt“, sagte Hertha-Präsident Werner Gegenbauer bei der gemeinsamen Vorstellung der Studie mit dem Berliner Senats Ende Mai.

Erste Entwürfe zeigen, dass das Olympiastadion „auch als Fußballarena ein modernes Stadion mit neuen, steileren Tribünen, nah an den Spielfeldrand gezogen“ sein könne.

ANDREAS GEISEL: NOCH EINE MENGE DETAILARBEIT

Dazu sagte der Regierende Bürgermeister, Michael Müller: „Das Ergebnis der Gespräche ist sehr erfreulich für alle Seiten. Hertha bleibt im Jahr seines 125-jährigen Bestehens in Berlin und das Olympiastadion ist weiterhin Symbol des Fußballs in Berlin. Jetzt geht es darum, die Möglichkeiten Berlins und die Ansprüche von Hertha in Einklang zu bringen, damit das Spielerlebnis für alle Berlinerinnen und Berliner noch unmittelbarer und packender zu machen.“ Innensenator Andreas Geisel ergänzte: „Das Olympiastadion kann zum Fußball-

stadion entwickelt werden. Das ist eine gute Nachricht für die Sportstadt Berlin und für alle Hertha-Fans. Ich freue mich, dass wir nun gemeinsam mit Hertha BSC diesen Weg gehen können. Auch wenn noch eine Menge Detailarbeit vor uns liegt, bin ich sehr optimistisch, gute Lösungen zu finden.“

Der Wunsch nach einer neuen Fußball-Arena war entstanden, weil das Berliner Olympiastadion in seiner Infrastruktur nicht mehr zeitgemäß und bei vielen Heimspielen nur zu zwei Dritteln ausgelastet ist. Das ist weit unter der durchschnittlichen Auslastung von Bundesligaspielen, die bei 92 Prozent liegt. Das Olympiastadion sei auf Dauer nicht mehr geeignet und zukunftsfähig, so Hertha-Präsident Gegenbauer.

Im März hatte Hertha BSC seine Pläne für einen Stadionneubau dem Berliner Senat und der Öffentlichkeit vorgestellt. In einem konstruktivem Gespräch hatten der Regierende Bürgermeister Michael Müller und Innen- und Sportsenator Andreas Geisel die Möglichkeit eines Umbaus des Olympiastadions im Sinne von Hertha BSC thematisiert.

Daraufhin hat Hertha BSC das Architekturbüro Gerkan, Marg und Partner, das bereits die Sanierung und Modernisierung des Olympiastadions verantwortet und dadurch hervorragende Stadion-Kenntnisse erlangt hat, beauftragt, die Machbarkeit eines Umbaus zu prüfen.

BS □

DIGITALISIERUNG

Internet-Institut kommt nach Berlin

Was bedeutet der digitale Wandel für die Gesellschaft? Über diese Frage soll künftig an einem neuen Forschungsinstitut nachgedacht werden. Den Zuschlag dafür hat der Berlin-Brandenburger Verbundantrag in einem bundesweiten Wettbewerb des Bundesbildungsministeriums erhalten.

Der Regierende Bürgermeister und Senator für Wissenschaft und Forschung Michael Müller dazu: „Das ist ein großer Erfolg für den Wissenschaftsstandort Berlin. Er belegt eindrucksvoll, was wir durch institutionelle Kooperation, die Nutzung von Synergien und eine klare Strategie des Landes gemeinsam erreichen können. Nach der Gründung des Einstein Center Digital Future ist das Deutsche Internet-Institut nun ein weiterer Meilenstein auf unserem Weg zu einem international führenden Zentrum der Digitalisierungsforschung.“ Das Institut wird in den nächsten fünf Jahren mit 50 Millionen Euro vom Bund gefördert. PM □

GEDENKEN

Stolperstein für Paul Wegmann

Der erste Stolperstein im Treptow-Köpenicker Ortsteil Bohnsdorf wurde am 1. Juni 2017 für den Sozialdemokraten und Gewerkschafter Paul Wegmann (17.09.1889 - 03.04.1945) vor seinem letzten Wohnort in der Dahmestraße 69 gelegt. Mehr als 70 Personen waren gekommen.



Wegmann war ein engagierter Jugendpfleger und 1992 bis 1924 Reichstagsabgeordneter für die USPD. Sein Leidensweg begann mit der Machtübernahme Hitlers. Die Tochter Wegmanns zitierte zur Stolpersteinlegung drei Sätze ihres pazifistischen Vaters, die bezeugen, dass er seiner Zeit weit voraus war: „So lange gesprochen wird, wird nicht mit Waffen gekämpft!“, „Wer Waffen produziert, weiß, dass sie benutzt werden!“, „Wenn Hitler diese Wahl gewinnt, bedeutet das Krieg, ein Krieg, den wir verlieren werden!“.

BS □

FRAKTION INTERN

BESSERE BEZAHLUNG

Die Koalitionsfraktionen werden die **Konrektorinnen und Konrektoren** an Berliner **Grundschulen** schon zum 1.1. 2018 stärken. Geplant ist die Angleichung der Einkommen der Grundschullehrkräfte an das Niveau der Oberschullehrkräfte. Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Raed Saleh** sagt: „KonrektorInnen leisten eine unverzichtbare Arbeit an Grundschulen, die bisher nicht ausreichend gewürdigt wurde. Wir hoffen, mit der Änderung mehr Leitungspersonal für die anspruchsvolle Arbeit an Grundschulen zu gewinnen. Starke Grundschulleitungen sind unverzichtbar für gute Grundschulen, deshalb wollen wir nicht noch ein Jahr warten.“

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Die gute Arbeit des vom Senat eingesetzten **Sonderermittlers** hat sehr schnell gravierende Einzelfehler der Sicherheitsbehörden im **Fall Amri** aufgezeigt. Damit werden aber auch strukturelle Fragen des Berliner LKA und der gesamten Sicherheitsarchitektur auch im Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern aufgeworfen, die eine parlamentarische Befassung erfordern. Im Moment laufen die Gespräche zur Einrichtung eines **Parlamentarischen Untersuchungsausschusses**. Dieser könnte seine Arbeit auf der Basis des Zwischenberichts des Sonderermittlers nach dem **3. Juli** aufnehmen.

VERANSTALTUNG SEXUELLE VIELFALT

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat 2009 mit der **Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt (ISV)“** ein beispielhaftes Programm gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit und für die Akzeptanz von LSBTIQ* beschlossen, das seitdem deutschlandweit Nachahmung gefunden hat. Die rot-rot-grüne Koalition will der ISV neuen Schwung verleihen, neue Bereiche erschließen und sie auf Nachhaltigkeit ausrichten. Die queerpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion **Melanie Kühnemann** und ihre AmtskollegInnen der Koalition haben am 8. Juni zur **Diskussion des Entwurfs** für die ISV 2017/2019 eingeladen. **cs** □

Wie sicher ist Berlin?

Andreas Geisel im Bürgerdialog in Spandau



Andreas Geisel: „Der Einsatz der Polizei ist jedoch nur ein Mittel, um die Kriminalität zu bekämpfen.“

Foto: David Hiller

Bahnhof Neukölln: Taschendiebstähle, Drogenkriminalität und an den Hauseingängen sitzen Drogensüchtige. Hinzu kommen viele Ecken, die schlecht einsehbar sind. Der Bahnhof gilt als „kriminalitätsbelastet“. Zu diesen und weiteren Themen der inneren Sicherheit ludt der Spandauer Abgeordnete Daniel Buchholz am 23. Mai in sein Bürgerbüro, um mit Innensenator Andreas Geisel zu sprechen.

Vorweg: Neukölln ist nicht der Berliner Alltagsort. Es gibt bestimmte Orte an denen mehr Kriminalität existiert, als an anderen Stellen der Stadt. Innensenator Andreas Geisel versteht die Ängste der Bürger. Zugleich betonte er, dass Berlin eine sehr sichere Stadt ist. Allerdings wurde in den vergangenen Jahren die Ausstattung der Polizei sowohl in technischer wie auch in personeller Hinsicht vernachlässigt.

Um diesem Problem zu begegnen, werden die Ausbildungskapazitäten der Polizei erweitert und neue Ausrüstung beschafft. Des Weiteren setzt der Senat auf modulare Schießstände, damit die Polizisten wieder in Berlin trainieren können.

SICHERHEITSPOLITIK IST MEHR ALS NUR POLIZEIARBEIT

Auch die Arbeit der Polizei soll sich etwas verändern. So werden die sogenannten KOPS, Kontaktabschnittsbevollmächtigten, verstärkt. Geisel möchte die Polizei sichtbarer und vor allem ansprechbarer machen. Ein anderer Punkt sind die Polizeieinsätze z. B. am Kotbusser Tor. Dort sind von nun an Teams unterwegs, die die Personen und den Ort kennen und auch länger operieren. Sie können daher gezielter vorgehen als eine Hundertschaft. Der Einsatz der Polizei sei jedoch nur ein Mittel, um die Kriminalität zu bekämpfen, so Geisel.

Durch Prävention können im Vorfeld Straftaten verhindert werden. Deshalb wurden die Mittel für die Deradikalisierung von 400.000 Euro auf 5 Millionen Euro erhöht, so Geisel.

Es gilt jedoch nicht nur auf sich selbst Acht zu geben, sondern auch Zivilcourage zu zeigen und anderen in Not zu helfen. Sicherheitspolitik ist mehr als nur Polizeiarbeit. Sie umfasst auch die Integration, Prävention oder bauliche Maßnahmen.

Erst alles zusammen erbege ein sicheres Berlin, sagte Andreas Geisel abschließend.

David Hiller □

KONGRESS

Industrie 4.0

Die Berliner SPD lädt am 27. Juni zum Wirtschaftskongress „Digitalisierung – Motor für Berlins Wirtschaft“ ins Willy-Brandt-Haus ein.

Digitalisierung bedeutet Veränderung: Von neuen Formen der Arbeit, neuen wirtschaftlichen Potentialen bis zu neuen Lehr- und Lernformaten. Die Veränderungen sind allgegenwärtig. Es reicht aber nicht, diese Disruptionen zu erkennen, sondern wir müssen konkrete Handlungen daraus ableiten. In drei Panels werden wir unter dem Hashtag #sozialdigital Thesen zur Digitalisierung in den Bereichen „Startup-City Berlin“, „Labs in der Wissenschaft“ und „Industrie 4.0“ erarbeiten und diskutieren. Zusammen mit dem Landesvorsitzenden der SPD Berlin Michael Müller, der Digitalen Botschafterin der Bundesregierung Prof. Dr. Gesche Joost, VertreterInnen von Startups, Wissenschaft und Gewerkschaft möchten wir gemeinsam über die Chancen der Digitalisierung für den Wirtschaftsstandort Berlin sprechen. Anmeldung erbeten unter spd.berlin/wirtschaftskongress2017 Ort: **Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.** **BS** □

Sauber, fair und ehrlich

Innenpolitikerin Eva Högl zieht sportpolitische Bilanz

Die SPD-Bundestagsfraktion ist die treibende Kraft im Deutschen Bundestag – auch im Sport. Wir haben die Voraussetzung dafür geschaffen, dass der Sport seine herausragende gesellschaftliche Bedeutung erfüllen kann. Denn Sport macht nicht nur Spaß und fördert die Gesundheit. Er vermittelt auch Fairness, Respekt und Toleranz – zentrale Werte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Mit vielen Maßnahmen ist es uns gelungen, den Sport nachhaltig zu stärken sowohl im Amateur- als auch im Leistungsbereich. Wir haben Deutschlands erstes Anti-Doping-Gesetz verabschiedet sowie Wettbetrug und Spielmanipulation unter Strafe gestellt. Das sind ganz wichtige Schritte für einen sauberen, fairen und ehrlichen Sport und eine klare rote Karte für Alle, die Fairness und Chancengleichheit mit Füßen treten.

Mit der Reform des Lärmschutzes für Sportanlagen haben wir klar gestellt: Sportbegeisterung von Kindern ist keine Lärmbelästigung.

Darüber hinaus haben wir die finanzielle Förderung des Breiten- und Spitzensportes ausgebaut. Allein für die Sanierung maroder Sportstätten wurden 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Und wir haben mit der Reform des Lärmschutzes für Sportanlagen klargestellt: Sportbegeisterung von Kindern und Jugendlichen ist keine Lärmbelästigung!

Bereits eine gute Tradition ist das sportpolitische Gespräch, zu dem ich regelmäßig einlade. Viele Sport-Interessierte und Vereine aus Berlin-Mitte haben dabei, wie jedes Jahr, mit ExpertInnen von Bund, Land und Bezirk diskutiert. Mit dabei waren Michaela Engelmeier, sportpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Christian Gaebler, Staatssekretär für Sport des Landes Berlin, Ephraim Gothe, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit in Berlin-Mitte, und Frank Schoenberger, Präsident a.D. des Bezirkssportbundes Berlin-Mitte e.V.

SITUATION DER SPORTSTÄTTEN SCHWERPUNKT DER DISKUSSION

Neben Themen wie Jugendförderung, Gesundheitsvorsorge und Platzvergabe an die Vereine war vor allem die Situation der Sportstätten in Berlin und speziell in meinem Wahlkreis Schwerpunkt der Diskussion.

Das Gespräch hat gezeigt, welche Rolle der Sport für die Menschen in Berlin spielt und wie wichtig es ist, sich mit den Problemen, Anregungen und Wünschen der SportlerInnen und Vereine auseinander zu setzen. □



Eva Högl ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, ordentliches Mitglied im Innenausschuss sowie stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

Berlin als „Fast Track City to End Aids“

Prä-Expositions-Prophylaxe (PreP) bringt neue Bewegung in die HIV-Prävention

In Deutschland haben sich 2015 insgesamt 3.200 Menschen mit HIV infiziert: 2.200 Männer, die Sex mit Männern haben, 750 Frauen und Männer in heterosexuellen Beziehungen und 250 durch intravenösem Drogenkonsum. Von 84.700 HIV-Infizierten wissen rund 12.600 nichts von ihrer Infektion. Dies führt zu unbeabsichtigter Weitergabe der Infektion, verspäteten Diagnosen mit höheren Behandlungskosten und einer leider auch höheren Sterblichkeit.

Es ist Zeit über die „klassische“ Prävention (Safer-Sex-Botschaften, Unterstützung besonders bedrohter Menschen) und dem umfassendem Zugang zur medizinischen Versorgung hinaus den Einsatz heute verfügbarer medizinischer Möglichkeiten zur HIV-Prophylaxe für alle zu ermöglichen. Die Thematisierung der PreP, der „medikamentösen Prävention“ ist Teil des Berliner Koalitionsvertrages. Was ist gemeint?

PrEP steht für Prä-Expositions-Prophylaxe, übersetzt etwa „Vor-Risiko-Vorsorge“. Bei einer PrEP nehmen noch nicht infizierte, also HIV-negative Menschen ein HIV-Medi-

kament vorbeugend ein, um sich vor einer Ansteckung mit HIV zu schützen.

Hauptzielgruppe sind Männer, die Männer lieben. Es gibt viele Studien, in denen zumeist das Kombinationspräparat Truvada verwendet wurde. Seit Oktober 2016 kann dieses auch in Deutschland verordnet werden – aber nur auf Privat Rezept für SelbstzahlerInnen. Derzeit kostet Truvada bei einer täglichen Einnahme aber monatlich 819 Euro. Und eine PreP ist als Kassenleistung vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) noch nicht anerkannt.

PRÄVENTION DARF KEIN LUXUSGUT SEIN

Ich kämpfe für PreP als Präventionsstrategie. Daher findet in Kürze dazu mit VertreterInnen der Community und G-BA-Vorsitzenden Prof. Josef Hecken ein erstes Gespräch statt. Denn wir brauchen eine medikamentöse HIV-Vorbeugung, die unabhängig vom individuellen Geldbeutel ist. Prävention darf kein Luxusgut sein. Mich

unterstützen dabei die AG SPDqueer, die LGBTTI*-Community, die Deutsche Aidshilfe und viele weitere Verbände.

DAS ZIEL: BIS 2030 AIDS-EPIDEMIE BEENDEN

Berlin als „Fast Track City to End Aids“ will bis 2030 die Aids-Epidemie beenden: Bis 2020 sollen 90 Prozent der HIV-infizierten Menschen von ihrer Infektion wissen, davon wiederum 90 Prozent in Behandlung sein und von diesen 90 Prozent nachhaltig die Unterdrückung der Virenlast erreicht haben.

Berlin ist auf einem guten Weg. Und PreP gehört dazu.



Mechthild Rawert ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und ist dort ordentliches Mitglied im Gesundheitsausschuss.

Mehr Sicherheit für Visa-Marken

Sylvia-Yvonne Kaufmann: Dokumente werden fälschungssicherer / Übergangszeit jedoch zu lang



Anfang Juni gab das Europäische Parlament grünes Licht für ein neues Sicherheitsdesign der europäischen Visamarken.
Fotos: Adobe Stock/Björn Wylezich; Europäisches Parlament

Bereits seit 1995 existiert eine einheitliche Visagegestaltung in Europa. Trotz der Einführung des elektronischen Visa-Informationssystems werden auch weiterhin Dokumente in Papierform benötigt: Nicht alle Visumkategorien werden elektronisch erfasst und auch ohne Zugang zu elektronischen Geräten müssen Grenzbeamte die Echtheit jederzeit überprüfen können. Hierfür sorgen die gemeinsamen Sicherheitsmerkmale der Visamarken, die in allen an der Verordnung teilnehmenden Staaten gleich sind.

BESTEHENDES SICHERHEITSKONZEPT VERALTET

Das bestehende Sicherheitskonzept ist jedoch mittlerweile schon mehr als zwanzig Jahre alt und wurde nur zweimal leicht nachgebessert. Experten haben klar gemacht, dass die derzeitigen Sicherheitsstandards nicht mehr dem neuesten Stand entsprechen. Kurzum: Derzeit ausgestellte Visa sind nicht mehr fälschungssicher genug, in den letzten Jahren sind auch hochwertige Fälschungen aufgetaucht.

Hier existiert also eine Sicherheitslücke, die wir nun beheben. Als Verhandlungsführerin des Europäischen Parlaments habe ich mit den Mitgliedstaaten und der Kommission im April dieses Jahres eine Einigung erzielt. Anfang Juni hat das Europaparlament grünes Licht für ein neues Sicherheits-

design der europäischen Visamarken gegeben, das die Mitgliedstaaten verpflichtend einführen müssen. Bei nur neun Gegenstimmen und mehr als 600 Ja-Stimmen erhielt mein Bericht eine große Mehrheit, die mich sehr gefreut hat.

EXPERTENGRUPPE ENTWICKELTE NEUE SICHERHEITSMERKMALE

Eine Expertengruppe der Europäischen Kommission hat die technischen Anpassungen in den vergangenen Jahren erarbeitet. Neue Druckverfahren sowie mehr und aufwendigere Details werden Fälschern zukünftig das Handwerk erschweren. Nur ein Beispiel: Einige Sicherheitsmerkmale konnten bisher recht einfach ausgeschnitten werden, in Zukunft ist dies nicht mehr möglich, da sie in die Mitte der Marke verlagert werden.

TEILNAHME IRLANDS STAND AUF DER KIPPE

Ich freue mich vor allem, dass wir eine rechtlich sichere Lösung gefunden haben, um Irland die Teilnahme zu ermöglichen, obwohl das Land nicht Teil des Schengenraums ist. Dies war nicht selbstverständlich. Im Interesse der Sache konnten wir jedoch letztendlich alle davon überzeugen, dass Irland ebenfalls das gemeinsame Visaformat verwenden kann.

MITGLIEDSTAATEN SOLLTEN ÜBERGANGSZEIT NICHT KOMPLETT AUSSCHÖPFEN

Nicht verhehlen möchte ich jedoch zugleich, dass ich mir eine kürzere Übergangszeit gewünscht hätte, in der noch die alten Visamarken von den Mitgliedstaaten verwendet werden dürfen. Ausschreibung, Produktion und Verteilung der neuen Marken in unseren Botschaften und Konsulaten auf der ganzen Welt kosten Zeit. Eine Übergangszeit ist zweifellos notwendig.

Die nun beschlossenen maximal 15 Monate sind jedoch ziemlich lang und das äußerste was wir akzeptieren konnten. Es bleibt zu hoffen, dass die Mitgliedstaaten im eigenen Interesse diese Übergangsfrist nicht voll ausschöpfen und die Sicherheitslücke so schnell wie möglich schließen.

Insgesamt können wir jedoch sehr zufrieden sein. Die gefundene Lösung wird langfristig einen Beitrag leisten, die Sicherheit in Europa zu erhöhen. Das ist in diesen Zeiten sicher ein großer Erfolg. □



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin.

BUNDESTAG

Angleichung der Ost-West-Renten

Der Bundestag hat am 1. Juni ein Gesetz zur Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland verabschiedet.

Konkret sieht das Gesetz von Sozialministerin Andrea Nahles vor, dass der Rentenwert Ost von 2018 bis 2024 in sieben Schritten auf den höheren Westwert angehoben wird. Von 2025 an soll es keine Unterschiede bei der Rentenberechnung in Ost- und Westdeutschland mehr geben.

Für Rentner im Osten bedeutet dies größere Anhebungen ihrer Bezüge. Die höheren Kosten bis zu 15,7 Milliarden Euro bis 2024 sollen größtenteils die Beitragszahler aufbringen. Ab 2022 beteiligt sich der Bund mit einem Zuschuss, der ab 2025 jährlich zwei Milliarden Euro beträgt.

BS □

Den „Treibstoff Angst“ entziehen

Michael Laczynskis Populisten-Analyse: „Fürchtet Euch und folgt uns“

Sie können einem schon Angst machen, die Populisten dieser Welt. In der Regierungsverantwortung agieren sie sprunghaft und unberechenbar. Aber sie jagen nicht nur ihren Gegnern Angst ein, sondern auch ihren Anhängern – und das mit Absicht. Der österreichische Journalist und Autor Michael Laczynski bringt das Erfolgsrezept der Populisten auf die einfache Formel: „Fürchtet Euch und folgt uns.“ In seinem gleichnamigen Buch beschreibt er den Aufstieg populistischer Parteien und Politiker in Europa und in den USA, ihre Entwicklung, ihren Nährboden, ihr Vorgehen, er analysiert faktenreich und differenziert Ähnlichkeiten und Unterschiede und macht Vorschläge, wie die Ursachen für das Erstarren der Populisten bekämpft werden können.

IM SÜDEN EUROPAS PROFITIEREN DIE LINKSPOPULISTEN, IM NORDEN DIE RECHTSPOPULISTEN

Die Erfolge der Populisten haben die politischen Systeme in etlichen Ländern durcheinandergewirbelt, sie machen Regierungsbildungen immer schwerer, haben bei den Präsidentschaftswahlen Sozialisten und Konservative in Frankreich marginalisiert. In Österreich wollen sich die Konservativen gerade als Anti-Establishment-Partei neu erfinden.

Es gibt einige nationale Unterschiede, aber auch gemeinsame Muster. „Je niedriger der Bildungsgrad und je prekärer die Beschäftigungssituation, desto höher die Bereitschaft, für eine Anti-System-Partei zu stimmen“, so Michael Laczynski. Eine Bereitschaft, die, so Laczynski, „bei Männern, älteren Wählern und Landbewohnern tendenziell höher als bei Frauen, Jungen und Städtern“ sei. Die Wähler und Wählerinnen von FPÖ, AfD, Front National und Co. schauen voller Sorgen in die Zukunft, sie haben Angst vor Veränderungen.

Beispielhaft sind die Einstellungen der Brexit-Befürworter: 78 Prozent halten die Umweltschutzbewegung für böse, 71 Prozent sehen im Internet „Teufelszeug“, 69 Prozent sind gegen die Globalisierung, 81 Prozent gegen Multikulturalismus. Und während im wirtschaftlich stark gebeutel-



Michael Laczynski, *Fürchtet euch und folgt uns*, Kremayr & Scheriau 2017, 224 Seiten, ISBN: 978-3-218-01062-7, 24,00 €, als e-Book: 16,99 Euro

Foto: Kremayr & Scheriau

ten Süden Europas Linkspopulisten profitieren, sind es im besser gestellten Norden Rechtspopulisten.

Populistische Parteien sprechen mit ihren

Parolen zu einem nicht geringen Teil von Arbeitern an, sie erreichen „Abgehängte“, in manchen Regionen aber auch bürgerliche Schichten, die Angst vor einem möglichen sozialen Abstieg haben. Die Ängste speisen sich nicht nur aus ökonomischen Veränderungen, sondern auch aus dem sozialen Wandel.

Ob in Frankreich, Dänemark oder bei der Entscheidung über den Brexit – immer wieder ist dabei auch das Thema Zuwanderung mitentscheidend. Wobei die populistischen Parteien mit

Feindbildern flexibel umgehen: Wandten sie sich in den neunziger Jahren noch gegen Zuwanderung aus Osteuropa, haben sie

nun den Islam als Kernthema. Befragungen zeigen: Die Lebenszufriedenheit hat sich in Europa, zumindest im Norden, nicht signifikant verschlechtert. Aber, so Laczynski, die Toleranzschwelle gegenüber den etablierten politischen Kräften ist zuletzt deutlich gesunken. Nehmen die Probleme nun tatsächlich und nicht nur gefühlt zu, kann das Potential der Populisten weiter wachsen.

Populisten mussten nicht mitregieren, um – wie in Dänemark oder Österreich – Gesetzesverschärfungen oder ein Burkaverbot durchzusetzen. Aber ein Populismus-Wettbewerb zahlt sich in der Regel für die traditionellen Parteien nicht aus. Ebenso wenig hilft es, so Laczynski, die eigene Politik als alternativlos zu bezeichnen oder die Wirklichkeit schöner zu reden als sie ist. Der „Treibstoff Angst“ müsse den Populisten entzogen werden. Das funktioniert mit einer Integrationspolitik, die Ankommende und Einheimische gleichermaßen in die Pflicht nimmt, und mit einer Steuerpolitik, die wirkungsvoll für mehr Gerechtigkeit sorgt und die Steuerlast besser zwischen Beschäftigten und Vermögenden ausbalanciert. Laczynski warnt davor, auf die

Wähler der Populisten herabzuschauen. Tatsächlich gebe es Verlierer der Umstrukturierungen. Wer das verneine, heize Ressentiments weiter an.

STÄRKE DES BUCHES BESTEHT IN DER ZUSAMMENHÄNGENDEN ANALYSE

Nicht alles, was Laczynski an Beobachtungen und Statistik wiedergibt, ist neu und überraschend. Die Stärke seines Buches besteht in der zusammenhängenden Analyse, die – mit vielen Zahlen, Fakten und Beispielen untermauert – bis zur Jahrtausendwende zurückreicht und auch die Versäumnisse der traditionellen Parteien benennt.

Außen vor bleibt allerdings die Nutzung der sozialen Netze durch Populisten, die dort ein eigenes kleines Universum der Selbstbestätigung geschaffen haben. Und lohnenswert wäre wohl auch ein genauere Blick auf das internationale Zusammenspiel populistischer Parteien.

Ulrich Horb □

Laczynski warnt davor, auf die Wähler der Populisten herabzuschauen. Tatsächlich gebe es Verlierer der Umstrukturierungen.

Hedgefonds statt Atombomben

Karl-Heinz Niedermeyer über Trumps Militärstrategie und das neoliberale Freiheitsverständnis

Als für internationale Politik zuständiger Fachpolitiker in der Berliner SPD ohne konkretes politisches Mandat und daher mit Zeit und Muße zum vernetzten Nachdenken beschäftigen mich seit einiger Zeit die Grundmotive der Politik der USA als der einzigen verbliebenen Weltmacht, die ja auch die Politik Deutschlands als einem ihrer wichtigsten Verbündeten entscheidend prägt.

Der Grundwert „Freiheit“, der ja auch an erster Stelle der Trias der Grundwerte aller sozialdemokratischen Programmatik steht, spielte – zumindest bis zur Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA – eine entscheidende Rolle in dieser Politik, nicht nur in ihrer Rhetorik, sondern durchaus auch als zentrale Zielsetzung. Freiheit gibt es aber nicht absolut, es ist immer die Frage „welche Freiheit“ und „Freiheit für wen?“ und bezogen auf letztere Frage leider auch allzu oft „Freiheit gegen wen?“, aber auch „Freiheit wovon?“.

Im Kalten Krieg ging es um die Befreiung der im Sowjetsystem gefangenen Menschen und Völker vom totalitären Sowjetkommunismus. Im „Krieg gegen den Terror“ kämpfen die USA mit ihren Verbündeten in aller Welt gegen auf eine religiös motivierte Ideologie zurück greifende Terrornetzwerke mit einem totalen Regulierungsanspruch für alles menschliche Leben. Und dann gibt es – vor allem im Kontext der Auseinandersetzungen um die neuartigen Handelsabkommen wie TTIP und CETA – den Kampf gegen die staatlichen, vor allem sozialstaatlichen, gewerkschaftlichen und tarifvertraglichen Beschränkungen der Entfaltungsfreiheit des Individuums und des freien Unternehmertums, dem sich die USA in hohem Maße verschrieben haben.

WELCHE BEDEUTUNG HAT DAS FREIHEITSVERSTÄNDNIS DER NEOLIBERALEN ÄRA FÜR DIE INTERNATIONALE POLITIK?

Spannend und widerspruchsvoll ist in diesem Zusammenhang, dass ein ganz wichtiger Teil der Entfaltungsfreiheit des modernen Individuums – die Freiheit der Kommunikation – im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, den Erzfeind aller persönlichen und politischen Freiheiten in unseren westlichen Demokratien, unter die Räder zu geraten droht.

Und ein anderes „Grundrecht“ wird heute gleich kostenlos mitgeliefert: Die Chance, dass die in die Welt geblasenen privaten



Karl-Heinz Niedermeyer: „Die stärkeren Mittel zur Verteidigung – der als unbegrenzte ökonomische Entfaltungsmöglichkeit und maximale Profitmaximierung verstandenen „Freiheit“ – sind nicht Atombomben, Raketen, Panzer, Kriegsschiffe und Drohnen, sondern neuartige Finanzprodukte und Börsenstrategien wie Hedgefonds, Derivate, Kreditausfallversicherungen.“

Fotos: Adobe Stock/Darwel; SPD Berlin

Ergüsse, nicht nur von hunderten von sog. „Freunden“, sondern auch von den Diens-ten, welche unsere privaten Freiheiten, vor allem unsere unbegrenzte Konsumfreiheit, vor dem Terrorismus schützen, zur Kenntnis genommen und für lange Zeit der verdienten Vergessenheit entrissen werden.

Der Grundwert Freiheit ist für uns so zentral, dass wir sehr wohl einen Unterschied machen, ob sich ein „freiheitsfeindlicher“, gelegentlich auch als „Schurkenstaat“ gebrandmarktes Land vom Expansionsstreben anderer Staaten bedroht fühlt oder ein Staat wie die USA, in dem „die Freiheit“ zu Hause ist.

Freiheitsliebende Groß- und Weltmächte finden auch eher Verständnis, wenn sie versuchen, das Prinzip der Wechselseitigkeit und Gleichgewichtigkeit in internationalen Beziehungen außer Kraft zu setzen, um die der eigenen Freiheit und der Verwirklichung der Menschenrechte dienenden politischen

Ziele uneingeschränkt durchzusetzen und freiheitsfeindliche Regime zu verdrängen.

Nach dem durch einen vom Westen gewonnenen Rüstungswettlauf erfolgten Zusammenbruch des Ostblocks als konkurrierendem Weltsystem hat sich ein solches Politikverständnis entwickelt.

Das Gleichgewicht des Schreckens und die Verwendung von Atomwaffen im System von MAD (Mutual Assured Destruction = Garantierte wechselseitige Vernichtung) zur Aufrechterhaltung eines Zustands, in dem sie niemals eingesetzt werden müssten und könnten, waren gestern.

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks setzten sich auch die Ideologie des Neo liberalismus und die Deregulierung der Devisen-, Finanz-

, Arbeitsmärkte durch, gefolgt von einer Privatisierungswelle für öffentliche Güter und Dienstleistungen. Einzig die Grenzmauern für die Opfer dieser Art von Glo-

„Die Freiheit der Kommunikation scheint im Kanpf gegen den internationalen Terrorismus unter die Räder zu geraten“

balisierung in den reichen Ländern werden immer höher gezogen.

Worüber ich in letzter Zeit nachdenke, ist der Zusammenhang zwischen militärischer und wirtschaftlicher Macht und insbesondere zwischen Modernisierungsschüben im Bereich der Waffen- und Militärstrategie einerseits und der Modernisierung der Instrumente der Finanzmärkte, der Strategien international tätiger Unternehmen und der von ihnen erzwungenen „Modernisierung“ der Wirtschafts- und Sozialpolitik der immer noch bestehenden Nationalstaaten und Staatenverbände wie der EU im Zuge dieser Art von Globalisierung. Es geht also um die „Mittel zur Verteidigung der Freiheit“.

USA STREBEN NICHT WEITER NACH MILITÄRISCHER HEGEMONIE

Hier ist meine zentrale These: Die USA streben nicht weiter danach, ihre Weltmachtstellung mit Hilfe einer unangreifbaren militärischen Hegemonie aufrecht zu erhalten, wie dies unter Reagan mit der Zielsetzung der Schließung der „Fenster der Verwundbarkeit“ (etwa mit Raketenabwehrsystemen usw.) versucht wurde. Militärbündnisse, militärische Interventionen, Stützpunkte, Waffenlieferungen usw. sollen nur den Sicherheitsrahmen für die globale Aktionsfähigkeit des US-Kapitals schaffen und aufrecht erhalten. Das kann soweit gehen, dass im äußersten Fall auch die Beseitigung von unerwünschten Regimen mit militärischen Mitteln angestrebt oder auch umgesetzt wird, um sozusagen noch durch andere Wirtschaftsregime und ideologische Systeme blockierte Teile des globalen Terrains für das westliche Kapital „feizuschießen“.

Die stärkeren Mittel zur Verteidigung der als unbegrenzte ökonomische Entfaltungsmöglichkeit und maximale Profitmaximierung verstandenen „Freiheit“ sind nicht Atombomben, Raketen, Panzer, Kriegsschiffe und Drohnen, sondern neuartige Finanzprodukte und Börsenstrategien wie Hedgefonds, Derivate, Kreditausfallversicherungen. Der US-Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Joseph Stiglitz schrieb bereits in einem Ende 2013 erschienen Artikel von „finanziellen Massenvernichtungswaffen“.

Sowohl im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik wie dem der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist in den vergangenen

Jahrzehnten eine zunehmende Tendenz in der Politik der USA zu beobachten, unilateral allein im Blick auf die eigenen Interessen zu handeln und sich international festgelegten Regeln und Verpflichtungen aus Bündnissen, Konventionen, internationalen Organisationen und Vertragssystemen zu entziehen. Ein Verhalten, dem sich immer mehr Akteure der internationalen Politik anschließen.

Die schwindenden Restbestände der regelbasierten Zusammenarbeit in der UNO, NATO, OSZE, WTO usw. sind weitgehend lediglich der Einsicht in die Unmöglichkeit geschuldet, alle Faktoren für die eigene politische und wirtschaftliche Wirksamkeit unilateral kontrollieren zu können.

Was bedeuten die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und seine vom ersten Tag an aggressiv umgesetzte „America First“-Agenda für die Verteidigung der „Freiheit des Westens“ im neoliberalen Sinne?

Ist der „Trumpismus“ in der Diktion Lenins „das höchste Stadium des Neoliberalismus“ oder mit der globalen Wende zu Renationalisierung und Protektionismus der Kipp-Punkt zu einer neuen ökonomischen Ideologie und Praxis?

WER BEZAHLT DIE ZECH FÜR TRUMPS STÖRUNGEN DES HANDELSAUSTAUSCHES?

Trumps Kabinett der Milliardäre, die Milliardengewinne, die gerade die großen Investmentbanken Goldman-Sachs usw., die in diesem Kabinett prominent vertreten sind, sowie die prompte Ausbootung der als energische Reguliererin der Finanzmärkte hervorgetretenen Leiterin der Börsenaufsicht Mary Jo White sprechen eher für die erste Deutung, also für eine weitere Finanzialisierung des Wirtschaftslebens und eine weitere Schwächung der Realwirtschaft, an der auch Importsteuern für im Ausland produzierende Industriebetriebe nichts ändern werden.

Nicht die Superreichen, die Börsenspekulanten und Ölmagnaten werden die Zeche für die von Trump verursachten Störungen des Handelsaustauschs und der internationalen Kooperation in Wissenschaft, Technik und Kultur zahlen, sondern die unter zu geringen Realeinkommen leidenden „hart arbeitenden Menschen“, für deren Besserstellung (auf Kosten

ihrer Kolleg/Innen bzw. Konkurrent/Innen) in Mexiko und anderswo er mit seinen Wahlparolen angeblich angetreten ist.

Doch wer nun Populismus, Nationalismus und Autoritarismus, verkörpert in Gestalten wie Trump, Putin, Erdogan, Orban und anderen als Bedrohung unseres in vielen Jahrzehnten erarbeiteten Wohlstands beklagt, muss sich die Ursachen dieser schlimmen Entwicklung bewusst machen.

Wer von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Terrorismus spricht, darf vom Neoliberalismus nicht schweigen.

FREIHEIT DARF NICHT ALS RECHT DES STÄRKEREN VERSTANDEN WERDEN

Auch Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen und die ihnen nahe stehenden Gewerkschaften haben mit der Anpassung an den neoliberalen Mainstream, mit der Übernahme der Erzählung vom unvermeidlichen Standortwettbewerb als Folge der Globalisierung, mit dem Gerede von zu hohen Lohn- und Lohnnebenkosten, mit den untragbar gewordenen Kosten des Sozialstaats, der Vernachlässigung des Ausbaus des Bildungswesens, der Mitverantwortung an der Erosion der Finanzbasis des eigenen Landes und der EU sowie dem zu geringen Engagement für eine an sozialer Gerechtigkeit orientierte europäische Integration – zu der Entstehung dieser Gesellschaft beigetragen. Eine Gesellschaft, in der der Gegensatz zwischen Arm und Reich immer weiter ansteigt und ein immer größerer Teil der Wahlbevölkerung sich sozial und politisch abgehängt, mit seinen Anliegen und Bedürfnissen nicht mehr beachtet und mit seiner Stimme nicht mehr gehört fühlt.

Wer zulässt, dass Freiheit einseitig als Recht des Stärkeren verstanden wird, wer nicht weiter oder nicht genug dafür kämpft, dass Freiheit mit Gerechtigkeit und Solidarität verbunden bleibt, wer tatenlos hinnimmt, dass soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt immer mehr ausgehöhlt werden, wacht irgendwann in einer Gesellschaft auf, in der es keine Freiheit mehr gibt. □



Karl-Heinz Niedermeyer
ist Vorsitzender des
Fachausschusses für
Internationale Politik,
Frieden und
Entwicklung der
Berliner SPD.

**„Wer tatenlos
hinnimmt, dass
soziale Gerechtigkeit
und gesellschaftlicher
Zusammenhalt
ausgehöhlt werden,
wacht irgendwann
in einer Gesellschaft
auf, in der es keine
Freiheit mehr gibt“**

Dieser Teil steht
aus datenschutzrechtlichen Gründen
online nicht zur Verfügung.

Dieser Teil steht
aus datenschutzrechtlichen
Gründen online nicht zur
Verfügung.

Lebensunterhalt reichen. Wir wollen daher diskutieren: Was würde das bedingungslose Grundeinkommen in der Kreativszene bzw. der Kultur- und Kreativwirtschaft bewirken? Befördert ein Grundeinkommen tatsächlich die Kreativität? Wenn ja, unter welchen Rahmenbedingungen? Ort: ExRotaprint, Gottschedstraße 4, 13357 Berlin.

15. Juni, 19 bis 21 Uhr: Die Bundestagsabgeordnete für Friedrichshain-Kreuzberg Cansel Kiziltepe lädt ein zur Diskussion über „Milieuschutz und Modernisierung: Wo bleiben die MieterInnen?“. Mit dabei sind unter anderem die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Sven Heinemann und Susanne Kitschun sowie der Vorsitzende des Fachausschusses Soziale Stadt der Berliner SPD, Volker Härtig. Ort: Grünberger Str. 4, 10243 Berlin.

16. Juni, 17 Uhr: Veranstaltung des Fachausschusses IV Familien-, Kinder- und Jugendpolitik zum Thema „Jugendfördergesetz“. Zu Gast sein wird u.a. die Staatssekretärin für Jugend und Familie Sigrid Klebba. Jörg Freese wird einen Überblick über die finanzielle Absicherung der Jugendförderung in anderen Bundesländern geben. Ort: Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin.

21. Juni, 19 Uhr: Die Reinickendorfer MdA Jörg Stroedter lädt zu einem öffentlichen Streitgespräch zum Thema Flughafen Tegel. Stroedters Gast wird der Berliner FDP-Fraktionsvorsitzende und Befürworter einer Offenhaltung des Flughafens Tegel, Sebastian Czaja sein. Ort: Veranstaltungssaal Rest. Maestral, Eichborndamm 236, 13437 Berlin.

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

13. Juni, 18 Uhr: Gemeinsame Sprechstunde der Bundestagsabgeordneten Cansel Kiziltepe und der Abgeordneten des Abgeordnetenhauses Clara West in Prenzlauer Berg, Adresse: Bürgerbüro, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin.

13. Juni: Mobile Sprechstunde des Pankower Bundestagsabgeordneten Klaus Mindrup für Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee im Wahlkreis. Anmeldung per E-Mail an: klaus.mindrup.ma02@bundestag.de. Genauere Informationen erteilt das Wahlkreisbüro.

13. Juni, 15 Uhr bis 18 Uhr: Bürgersprechstunde des Neuköllner Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu, Anmeldungen telefonisch unter 030/568 21 111, Adresse: Lipschitzallee 70, 12353 Berlin.

14. Juni, 16.30 bis 17.30 Uhr: Bürgersprechstunde der Charlottenburg-Wilmersdorfer Abgeordneten Ülker Radziwill, Ort: Kiez-Büro, Friedbergstraße 36, 14057 Berlin.

15. Juni, 17 Uhr: Die Bundestagsabgeordnete aus Mitte Eva Högl unternimmt zusammen mit der Weddinger AGH-Abgeordneten Bruni Wildenheim-Lauterbach und Ephraim Gothe, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit in Berlin-Mitte, einen Kiezspaziergang. Treffpunkt: Bristolstraße (Ecke Barfusstraße), 13349 Berlin.

16. Juni, 14 bis 16 Uhr: Bürgersprechstunde der Lichtenrader Abgeordneten Melanie Kühnemann. Um telefonische Anmeldung wird gebeten: 4705 0270. Ort: John-Locke-Straße 19, 12305 Berlin.

16. Juni, 15 bis 17 Uhr: Bürgersprechstunde der Marzahn-Hellersdorfer Abgeordneten Iris Spranger. Ort: Köpenicker Str. 25, 12683 Berlin.

19. Juni, 17.30 bis 18.30 Uhr: Bürgersprechstunde des Friedrichshain-Kreuzberger Abgeordneten Sven Heinemann, Ort: Bürgerbüro, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin.

AUGUST-BEBEL-INSTITUT

Quo vadis Türkei?

Am 22. Juni referiert der Sozialwissenschaftler Mehmet Gökhan Tuncer ab 19 Uhr in einem Seminar des August-Bebel-Instituts über die Zukunft der Zivilgesellschaft in der Türkei.

Wir wollen die gegenwärtigen Spannungen in der Türkei jenseits von Verschwörungstheorien verstehen. Vor dem Hintergrund des autoritären Sicherheitsdenkens und neoliberalen Gesellschaftsmodells in der Türkei befassen wir uns mit den vielfältigen Facetten der jüngsten Entwicklungen. Wer sind die Akteure der „neuen Türkei“, welche Motivationen liegen ihren Handlungen zu Grunde und welche politischen Ziele verfolgen sie? Anmeldung via E-Mail unter anmeldung@august-bebel-institut.de, Ort: KSH, Müllerstr. 163, 13353 Berlin PM □

LIEBE LESERINNEN UND LESER,
die nächste Ausgabe der
Berliner Stimme erscheint am
15. Juli 2017.

TERMINE

14. Juni, 19 bis 21 Uhr: Die AfA und der Arbeitskreis Kultur der SPD Mitte laden zur gemeinsamen Podiumsdiskussion unter dem Titel „Mehr Kreativität durch Grundeinkommen? 35 Prozent der Kultur- und Kreativunternehmen in Berlin und Brandenburg (größtenteils Kleinstunternehmen) beziehen keine Einnahmen, die zum

Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an **wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin**

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen an **wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin** oder per Mail an berliner.stimme@wegewerk.de

Der tote Botschafter

Ausstellung „World Press Photo 2017“ noch bis zum 25. Juni im Willy-Brandt-Haus

Das Weltpressefoto des Jahres 2017 zeigt das Attentat auf den russischen Botschafter in Ankara im Dezember 2016.

Dafür wird der türkische Fotograf Burhan Ozbilici von der Nachrichtenagentur AP mit dem renommierten Preis ausgezeichnet. Die Jury würdigte das Foto als ein „explosives Bild, das den Hass in unserer Zeit ausdrückt.“ Der Fotograf Ozbilici war am 19. Dezember bei der Eröffnung einer Kunstausstellung in Ankara, als ein junger türkischer Polizist plötzlich eine Waffe zog und den russischen Botschafter Andrej Karlow erschoss. Der Attentäter hatte mehrfach „Vergesst Syrien nicht“ gerufen. Er war anschließend von Sicherheitsbeamten getötet worden.

Die Jury wählte aus 80.408 Fotos von 5.034 Fotografen aus 125 Ländern die Sieger aus. Preise wurden in acht Kategorien an 45 Fotografen aus 25 Ländern vergeben. Der Preis für das beste Pressefoto des Jahres wurde nun zum 60. Mal verliehen. Seit 1955 zeichnet die gemeinnützige Organisation World Press Photo Foundation professionelle Pressefotografen für ihre Arbeiten aus.

Vom 2. bis zum 25. Juni werden die Siegerfotos im Willy-Brandt-Haus in Berlin ausgestellt. Der Freundeskreis Willy-Brandt-



Mevlut Mert Altintas schreit, nachdem er gerade den russischen Botschafter Andrei Karlov am 19. Dezember 2016 in einer Kunstgalerie in Ankara erschossen.

Foto: Burhan Ozbilici, The Associated Press

Haus präsentiert die World Press Photo Ausstellung zum 14. Mal. **PM** □

Laufzeit: 2. bis 25. Juni 2017

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag von 12 bis 20 Uhr

Wo: Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin.

Eintritt: frei, Ausweis erforderlich

NOTIZEN

Zum **Altfalkentreffen** am 13. Mai auf dem Zeltlagerplatz in Heiligensee blickte der Verband 70 Jahre zurück. Im Oktober 1947 erhielten die Berliner Falken ihre Zulassung durch die Alliierten – viel später als in den Westzonen. Auf dem



Foto einige der Aktiven von damals – der älteste ist 90 Jahre, der jüngste 76 Jahre alt. Ganz Rechts **Wolfgang Hecht**, der die ZeitzeugInnen interviewt hat. □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin, Landesgeschäftsführerin Anett Seltz

Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin

Redaktion:

Christina Bauermeister (V.i.S.d.P.)

Tel: 030-4692 150

Fax: 030-4692 240

E-Mail: berliner.stimme@spd.de

Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Aboservice: Jürgen Thomas,

Tel: 030-2130 870, E-Mail:

berliner.stimme@wegewerk.de

Abonnement: 28 Euro pro Jahr

(bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro bei Zustellung per Post

Druckerei: KORRekt MailingService Berlin